



## **Ergebnisse aus der Bundeskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“**

Vortrag bei der Herbsttagung des Fachverbandes der  
Kämmerer in NRW e.V.

Bergheim, 07. November 2019

# Kommission GLV

## Aufbau und Aufgabenstellung

- Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD:
  - Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einsetzen, die bis Mitte 2019 konkrete Vorschläge erarbeitet. Hierbei geht es um alle Aspekte der Daseinsvorsorge genauso wie gezielte Strukturverstärkungen in den Ländern und Kommunen. Maßnahmen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe für Kommunen zum Beispiel mit Altschulden und hohen Kassenkrediten ebenso wie die Altschuldenproblematik kommunaler Wohnungsbauunternehmen werden in die Prüfung einbezogen.

# Kommission GLV

## Aufbau und Aufgabenstellung



Version: 5.9.2018

# Kommission GLV

## Zeitplan

- Ursprünglicher Zeitplan:
  - Konstituierende Sitzung am 26.09.2018
  - Einrichtung der jeweiligen AGs
  - Aufbau einer Geschäftsstelle der Kommission im BMI
  - Abschluss der Arbeiten der verschiedenen AGs bis Mitte Mai
  - Erstellung eines Abschlussberichts
  - Abstimmung mit Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden
  - 3. Juli Kommission-Sitzung mit Abschlussbericht
- Neu:
  - kein Berichtsentwurf
  - Schlussfolgerungen Vorsitz/Co-Vorsitzende
  - Befassung im Kabinett am 10.07.2019, Beschluss einer Stellungnahme mit prioritären Empfehlungen
  - Beginn Dialogprozess mit Ländern (insbesondere im Rahmen der MPKs sowie Treffen der CdS, ggf. Sondertreffen) und KSV

# Kommission GLV

## Eine Antwort für viele Fragen?

- Alle politischen Herausforderungen mit regionalem oder kommunalem Bezug
  - Altschulden (da regional konzentriert)
  - Gemeinschaftsaufgaben
  - Raumordnung
  - Technische und soziale Infrastruktur
  - „Zusammenhalt“
- Diskussion um „abgehängte Regionen“ und die denkbaren Folgen
- Aber: keine Vorstellung in den AGs, wie „Gleichwertigkeit“ konkret gemeint ist

# Gleichwertige Lebensverhältnisse

## Was kann gemeint sein?

- Positionierung des Städtetages:
  - Gleichwertigkeit ist ortsunabhängige Chancengerechtigkeit.
  - Regionale Unterschiede dürfen nicht dem Grundverständnis des Sozialstaats widersprechen.
  - Orientierung an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger
  - Keine falschen Stadt-Land-Gegensätze, sondern Struktur-schwäche versus Strukturstärke
  - Ergänzend: „Wachstumsschmerzen“ in prosperierenden, strukturstarken Städten treffen die Schwächsten
  - Nach unserer Wahrnehmung denkt die Bundesregierung noch in viel zu großem Maße in Kategorien eines vermeintlichen Stadt-Land-Gegensatzes (Ausnahme: GRW-Diskussionen)

# AG Altschulden

- Aufgabenstellung
- Problemlage
- Ursachen
- Konsenspositionen
- Position Länder, DStGB und DST
- Position Bund sowie DLT
- Was hat es gebracht?

# AG Altschulden

## Aufgabenstellung

- **Aufgabenstellung:**
  - Aufgabe ist, „die Finanzlage der Kommunen mit Blick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse [zu] untersuchen und unter Berücksichtigung der finanzverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten mögliche Ansätze zur Lösung der kommunalen Altschulden-/Kassenkreditproblematik [zu] entwickeln“.
- **Leitung:**
  - Vorsitz Bundesministerium der Finanzen, stellvertretende Vorsitzende aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz sowie dem Deutschen Städtetag
- **Materialien:**
  - Arbeitspapiere (von Vorsitz und Co-Vorsitz erstellt)
  - Abschlussbericht (Zustimmung durch gesamte Arbeitsgruppe, mit aufgezeigten Differenzen)
  - Abrufbar unter [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)



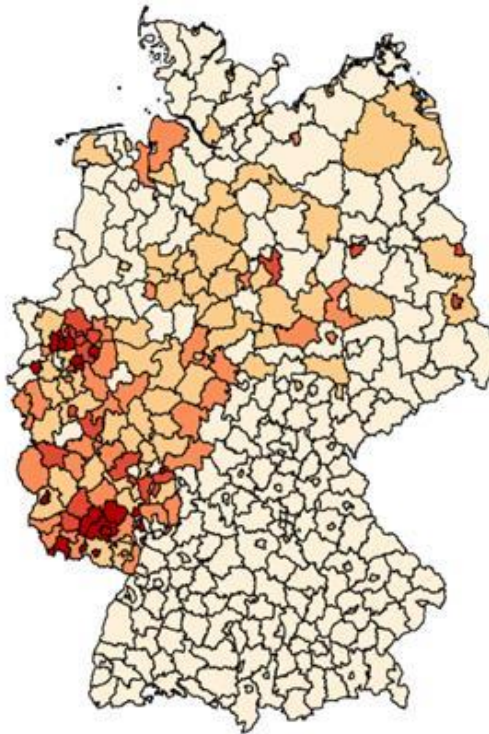
# AG Altschulden Problemlage

- **Problemabgrenzung und -beschreibung**
  - Welche Schulden der Kommunen sind unter Gesichtspunkten der Gleichwertigkeit relevant?
  - Sind neben formalen Schulden auch andere Folgen unzureichender Finanzausstattung gleichwertigkeitsrelevant (z. B. Investitionsstau, Vermögensveräußerung)?
  - Warum sind Kassenkredite besonders problematisch?
- **Weitgehender Konsens in der AG**
  - Besondere Problemlage bei Kassenkrediten, auch wegen Refinanzierungszwängen, Zinsänderungsrisiken und Kreditmarktzugang
  - Position zu anderen Problemlagen uneinheitlich
  - Nachhaltige Lösung muss sowohl aktuellen Problemdruck abbauen, Schuldenabbau sicherstellen als auch die Ursachen für die Verschuldung beseitigen.

# AG Altschulden Ursachen

- Sozialausgaben und Kassenkredite:
  - Fiskalisch bedeutsame, exogene Kosten der Unterkunft  
Ursache von Kassenkrediten, wenn nicht besonders hohe (Steuer-)Einnahmen oder hohe besondere Zuweisungen entgegenwirken (siehe Abschlussbericht der AG)
- Globalisierungsbedingter Strukturwandel:
  - dramatischer globalisierungsbedingter Beschäftigungsverlust einzelner Branchen, andere Branchen können verbesserte Exportmöglichkeiten nutzen
  - Aufgrund regionaler Konzentration der Branchen regionale Globalisierungsgewinner und -verlierer (Südekum, siehe Papier von BMF/SL/RP/DST)

# AG Altschulden



**Kassenkredite in Euro je Einwohner**

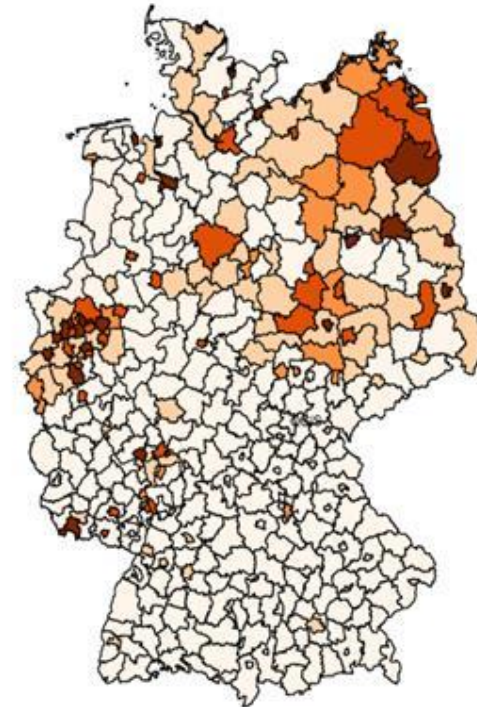


Raumbezug: Kreise und kreisfreie Städte

Zeitbezug: 2015

Datengrundlage: Statistik über Schulden des Bundes und der Länder

Datenquelle: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. © 2018 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.  
© GeoBasis-DE / BKG 2018. Erstellt mit QGIS 2.18.



**Durchschnittliche monatliche Höhe von Leistungen für Unterkunft und Heizung in € je Einwohner**



Raumbezug: Kreise und kreisfreie Städte

Zeitbezug: 2015

Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften

Datenquelle: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. © 2018 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.  
© GeoBasis-DE / BKG 2018. Erstellt mit QGIS 2.18.

# AG Altschulden Konsenspositionen

- Elemente nachhaltiger Lösung
  - Sicherung von Zinsniveaus und Kapitalmarktzugang
  - Vermeidung neuer Verschuldung beinhalten und
  - Tilgung mindestens eines signifikanten Anteils der kommunalen Kassenkredite
- Jede staatliche Ebene hat Verantwortung (Möglichkeiten, Verursachungsbeitrag Zuständigkeit).
- Keine neuen Belastungen der kommunalen Ebene.
- Maßnahmen zur Lösung der Altschulden-/Kassenkreditproblematik dringend notwendig

# AG Altschulden

## Position Länder, DStGb und DST

- **Kommunale Ebene**
  - Ausnutzung aller konsolidierungspotentiale inkl. Hebesatz, ggf. verstärkte Eingriffsrecht Kommunalaufsicht
- **Länderebene**
  - Geeignete Maßnahmen zu Altschuldenabbau, ggf. Altschuldenprogramme inkl. klarer Entschuldungszeiträume und entsprechendem Berichtswesen
- **Bundesebene**
  - Erhöhung der Bundesbeteiligung Kosten der Unterkunft verringert wesentliche Ursache für hohe Kassenkredite
  - Kumulative finanzielle Hilfen für einzelne Länder beschleunigen Altschuldenabbau
- Diskussion sollte sich auf die hier genannten Maßnahmen fokussieren

# AG Altschulden

## Position Bund sowie DLT

- **Bund:**
  - Betonung Länderverantwortung für Kommunalfinanzen
  - Kommunen Anreize für eine Aktivierung der wirtschaftlichen Potentiale geben
  - Überprüfung Kommunalaufsicht und kommunaler Finanzausgleich
  - Keine Positionierung zu Ansichten von Ländern, DStGB und DST
- **DLT:**
  - Entstehungs- und Beseitigungsverantwortung für die Altschulden-/Kassenkreditproblematik nicht (vorrangig) auf der Bundesebene
  - signifikante Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft wäre ein viel zu breit und flächendeckend streuender Lösungsansatz

# AG Altschulden

## Was hat es gebracht? (1/4)

- Fachliche Aspekte
  - Kassenkredite als besonders prominentes, aber nicht einziges Problem
  - Kriterien für eine nachhaltige und ursachengerechte Lösung
  - **Das Ziel ist nicht mehr umstritten!**
- Politisch umstrittene Fachfragen („Meinungswissen“)
  - Regional unterschiedliche Belastungen mit Sozialausgaben als vorrangige Ursache von Kassenkrediten
  - Unterschiedliche regionale Auswirkungen von Globalisierung als Treiber von Strukturwandel thematisiert
  - **Ende der unnötigen und kontraproduktiven Diskussionen über „Schuld“**

# AG Altschulden

## Was hat es gebracht? (2/4)

- Kabinettsbeschluss vom 10. Juli 2019
- [...]
- Trotz zahlreicher Anstrengungen der betroffenen Länder werden diese Kommunen [Anmerkung: gemeint sind die Kommunen mit hohen Kassenkrediten] absehbar nicht hinreichend in der Lage sein, ihre finanzielle Situation dauerhaft zu verbessern. [...]
- Der Bund kann einen Beitrag leisten, wenn es einen nationalen politischen Konsens gibt, den betroffenen Kommunen einmalig gezielt zu helfen. [...]
- Zugleich müssen die Ursachen der hohen Kassenkreditbestände angegangen werden. [...]



# AG Altschulden

## Was hat es gebracht? (3/4)

- Vorstoß des Bundesfinanzministeriums
  - Übernahme eines „erheblichen Teils der Kassenkredite der besonders belasteten Kommunen“ in die Bundesschuld
  - Voraussetzungen
    - Beteiligung der Länder mit besonders kassenkredit-belasteten Kommunen an einer Schuldenübernahme
    - Einbindung der Länder, deren Kommunen keine Altschuldenlösung benötigen, in einen nationalen Konsens zur Altschuldenlösung
- Konkretisierungsbedarf, insbesondere
  - Abgrenzung relevanter Kassenkredite (Stichtag, Mindesthöhe etc.)
  - Rechtliche Rahmenbedingungen
  - Verpflichtungen begünstigter Länder und Kommunen

# AG Altschulden

## Was hat es gebracht? (4/4)

- Einschätzung DST (Grundlage: Präsidiumsbeschluss vom 24.09.2019)
  - Vorschlag des Bundesfinanzministeriums wird begrüßt.
  - Bund ist aufgefordert, seinen Vorschlag zu konkretisieren und dann zügig mit Ländern und KSV zu diskutieren.
  - Auch der der von allen Ländern und den gemeindlichen Verbänden im Rahmen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ vorgeschlagene Lösungsweg über eine Entlastung bei den Sozialausgaben kann ein geeigneter Weg sein.

# Fazit

- Der Bund hat mit der Einrichtung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ berechnigte Erwartungen geweckt hat, die er nun nicht enttäuschen darf.
- Die Lösung der Altschuldenproblematik ist zwar näher gerückt – wir sind aber weiterhin noch ein gutes Stück von einer Lösung entfernt.

Danke für Ihr Interesse.